

Havarierte Windräder

Wie tickende Zeitbomben

Abgeknickte Rotorblätter, herabstürzende Trümmerteile: Um die Gefahren havarierender Windräder wird heftig gestritten. Betroffene Hersteller hüllen sich in Schweigen. Der TÜV fordert Konsequenzen.

Von MICHAEL ASHELM, FRANKFURT



© ZB

Ein ausgebranntes Windrad in Köthen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017. Ursache des Feuers war wahrscheinlich ein Blitzschlag.

Abgeknickte Rotorblätter, über Hunderte Meter am Boden verteilte Flügelfetzen, ganze Anlagen, die in Wäldern in Flammen aufgehen, herabstürzende Trümmerteile – immer mehr Havarien von Windrädern sorgen in der sowieso schon aufgeheizten Diskussion um Windkraft für zusätzliche Brisanz. Anwohner solcher Projekte fühlen sich in Gefahr, Bürgerinitiativen, die gegen das Aufstellen der Windkraftanlagen opponieren, warnen vor fatalen Unfällen mit den immer größer gebauten Industrieboliden.

Während die Branche die Vorfälle als aufgebauscht empfindet und dagegenhält, fordern andere eine regelmäßige Prüfpflicht wie für Tankstellen, Baukräne oder Jahrmarkt-Karussells. „Die Sicherheitsüberwachung der Windkraftanlagen ist nicht mehr zeitgemäß und je nach Landkreis oder Bundesland wie ein Flickenteppich organisiert“, sagt der Geschäftsführer des TÜV-Verbandes, Joachim Bühler. Es existiere nicht mal eine zentrale Erfassung der Unfälle. Aus seiner Sicht sind daher ringend bundesweit einheitliche Regelungen nötig.

Mängel, die zum Abschalten zwingen

Kritiker werfen der Branche Intransparenz vor. Der Bundesverband Windenergie (BWE) räumt ein, dass es keine zentrale statistische Erfassung der Unfälle gibt und führt an, dass dies angesichts der geringen Fallzahlen auch nicht notwendig sei. Zehn Havarien im Jahr sollen es zuletzt gewesen sein, sechs seit Januar laut BWE – bei 29500 Rädern in der Republik. Verbandsgeschäftsführer Wolfram Axthelm sieht keine Gefahr und sagt: „Die Anlagen sind technisch ausgereift und werden auf Basis von vorgeschriebenen Intervallen regelmäßig gewartet“. Im Gegensatz dazu benennt der TÜV im Jahresdurchschnitt 40 bis 50 Windkraftanlagen mit „gravierenden Schäden“. Am Stadtrand von Emsdetten mussten im Februar Wohnhäuser und ein Kindergarten wegen eines außer Kontrolle geratenen Windrades geräumt werden.

Die Hersteller gehen beim Crash-Thema in Deckung. Mit Ausnahme von Enercon lassen die Unternehmen, deren Windräder in den vergangenen Monaten von schwereren Unfällen betroffen waren, Anfragen unbeantwortet. Darunter Senvion, die Siemens-Tochtergesellschaft Gamesa oder auch Weltmarktführer Vestas aus Dänemark. So steckt Vestas derzeit nicht nur wegen wirtschaftlichen Drucks auf die gesamte Branche in der Klemme: Nach F.A.Z.-Informationen weist eines der neuesten Modelle – der Typ V136 – Mängel auf, die zum Abschalten zwingen. Zwei Betreiber von Windparks im Weserbergland und im Odenwald bestätigen „Unstetigkeiten“ und „Beschädigungen“ an den Rotorblättern dieser mehr als 200 Meter hohen und nicht mal zwei Jahre alten Anlagen. Auf sie wirken erhebliche Kräfte.

Weitere Windräder dieser Baureihe stehen in verschiedenen Bundesländern. Die beiden betroffenen Betreiber weisen darauf hin, dass nie eine Gefahr bestanden habe und dass in guten Einvernehmen mit dem Hersteller nach den Nachbesserungsarbeiten alle genehmigungsrechtlichen Anforderungen vollumfänglich eingehalten würden. „Die technische Überwachung der Anlagen wird sehr intensiv durchgeführt“, heißt es weiter. Vestas selbst schweigt dazu.

Rotorblattrisse nach wenigen Jahren und Fundamentrisse

Die in den Regionen beheimateten Bürgerinitiativen „Keine Windkraft im Emmertal“ und „Schutzgemeinschaft Odenwald“ beobachten die Reparaturarbeiten an den Anlagen misstrauisch und zweifeln an der Zuverlässigkeit der Vestas-Windräder. Die Windkraftgegner im Weserbergland dokumentierten ein Bild mit einer Lücke in der Sägezahn-Hinterkante eines Rotorblattes. Deren Größe wird auf 50 mal 40 Zentimeter geschätzt. Sie stellen die Frage, ob das Stück des Flügels etwa während des Betriebs weggeschleudert wurde?. Aus ihrer Sicht müssten wegen der Gefahr für Leib und Leben nicht nur zwei, sondern alle acht Anlagen sofort stillgelegt werden. Zudem verweist die Bürgerinitiative auf die ihrer Meinung nach fehlenden Sicherheitsabstände zu Hochspannungsleitungen und einem Umspannwerk mit einem der wichtigsten Netzknotenpunkte in Norddeutschland.

Beide Bürgerinitiativen sehen sich vor allem von den Behörden der zuständigen Landkreise allein gelassen. Diese würden ihre Verantwortung zur Kontrolle stets auf andere Stellen abwälzen. Es fehle ein staatliches „Überwachungsregime“ für Windkraftanlagen, kritisiert die Schutzgemeinschaft Odenwald. Für sie seien Windräder komplexe Industrieanlagen.



F+

Newsletter

Erhalten Sie jeden Freitag um 12 Uhr eine Empfehlung unserer Redaktion mit den besten Artikeln, die Sie exklusiv mit Ihrem Zugang zu F+ FAZ.NET komplett lesen können.

ABONNIEREN

Bitte beachten Sie unsere [Datenschutzhinweise](#).

In einem Papier der BWE-Plattform „Windindustrie in Deutschland“ von 2015 warnten sogar Verbandsfachleute vor unzulässigen Unwuchten der Rotoren oberhalb der Grenzwerte. Betroffen sei fast die Hälfte aller Windkraftanlagen. Der Mangel erhöhe die materialermüdenden Schwingungen. Typische Folgeschäden seien Rotorblattrisse nach wenigen Jahren und Fundamentrisse. Auf Nachfrage bei einem der beteiligten Autoren der brisanten Abhandlung will dieser dazu keinen Kommentar mehr abgeben. Er teilt in einer Mail nur mit, dass er für Artikel, die sich im Grundton gegen die Windenergie richteten, nicht zur Verfügung stehe.

„Es wird schon genug gewartet und geprüft“

Wie sicher die immer monströseren Windräder wirklich sind, darüber wird gestritten. BWE-Geschäftsführer Axthelm hält die Prüfqualität aufgrund guter Wartungskonzepte und regelmäßiger Begutachtung von Sachverständigen (alle zwei oder vier Jahre) für ausreichend hoch. Es bestehe keine Notwendigkeit für eine TÜV-Untersuchung.

Der TÜV-Vertreter hält dagegen. Trotz Gefahren auch für das Leben von Menschen und zahlreicher Unfälle werde nach völlig unterschiedlichen Vorgaben geprüft, beklagt Bühler. Nach den 2004 errichteten Anlagen müssten diese nur alle vier Jahre von unabhängigen Stellen geprüft werden, wenn sie ansonsten regelmäßig gewartet werden. Doch Wartung heiße nicht Prüfung. Für die rund 15.000 Altanlagen bestehe zudem keine bundeseinheitliche Prüfpflicht. „Das ist viel zu wenig. Oftmals sind Hersteller oder Projektierer und Wartungsfirmen miteinander verbunden. Es sei daher dringend geboten, dass die Politik eine „gesetzlich geregelte, unabhängige Drittprüfung der Gesamtanlagen einführt“, heißt es weiter.

Solche Forderungen erscheinen manchen interessengetrieben. Der TÜV versuche sich mit seiner gießkannenartigen Forderung nach zusätzlichen Inspektionen ein neues Geschäftsfeld zu erschließen, moniert der Vorstandschef der Deutsche Windtechnik AG, Matthias Brandt. Das Unternehmen ist Marktführer unabhängiger Anbieter von Wartungen, Inspektionen, Reparaturen und Instandhaltungen. „Aus unserer Sicht fehlt dem TÜV auf diesem Gebiet zu Teilen die Kompetenz, um die Komplexität der ganzen Technik zu begreifen“, sagt er. Laut Brandt kommen Vorfälle wie Brände oder Rotorblattbrüche extrem selten vor. Wenn aber etwas passiere, sei eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit sicher, weil Windräder eben nicht hinter hohen Fabrikmauern stünden. „Es wird schon genug gewartet und geprüft“, sagt er. Und das von Spezialisten, „die sich mit der Materie bestens auskennen“.

Quelle: F.A.Z.